

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa.  
Formel Nr. 90.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52.  
Riesa 1880.  
Telefon Nr. 52.

Nr. 18.

Sonnabend, 21. Januar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife. Vermittelter Robott erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontostand gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittlich, Riesa.

## Reichstag erst am 31. Januar.

Reichsregierung will acht Tage warten, dann aber Entscheidung erzwingen.

### Der Verlauf der Verleserberatung.

Bd. Berlin. Der Verlesererrat des Reichstags beschloß am Freitag, abweichend von seinem früheren Beschluß, den Reichstag nicht am 24., sondern erst am 31. Januar zusammenzutreten zu lassen. Am 27. Januar soll der Verlesererrat noch einmal zusammenkommen, um die Tagesordnung für die erste Reichstagsitzung zu bestimmen.

Zu Beginn der Verleserberatung beantragten die Nationalsozialisten, den Präsidenten Göring zu ermächtigen, den Termin der nächsten Reichstagsitzung zu bestimmen. Sie verbanden damit den Wunsch, daß der Etat für 1933 möglichst bald vorgelegt werde und die Regierungs-Erklärung dann mit der ersten Lesung des Etats zu verbinden.

Gegen diesen Antrag wandten sich die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten entschieden, indem sie darauf hinwiesen, daß dieser Vorschlag möglicherweise auf eine Reichstagsvertagung bis zum März oder April hinausläufe. Auch der Vertreter der Deutschnationalen wünschte eine baldige Klärung der politischen Lage, meinte jedoch, daß er sich dem Wunsch einer großen Fraktion auf weitere Verschiebung des Reichstagszusammentritts nicht widersetzen wolle. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayer. Volkspartei und des Zentrums wandten sich gegen eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit, und Abg. Dr. Hell (Str.) beantragte daraufhin, die nächste Reichstagsitzung für Dienstag, den 31. Januar, in Aussicht zu nehmen.

Staatssekretär Fland erklärte namens der Reichsregierung, daß diese es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung und der wirtschaftlichen Gesundung für dringend erforderlich halte, die politische Lage möglichst bald unabweisbar zu klären. Der Etat könne sobald nicht vorgelegt werden, und die sachlichen Gründe dafür habe der Reichsfinanzminister im Haushalts-Ausschuß schon dargelegt. Wenn der Reichstag noch eine Frist von einer Woche dazu benutzen wolle, die Verhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, so wolle sich die Reichsregierung dem nicht widersetzen. Sie selbst sei naturgemäß an derartigen Verhandlungen nicht interessiert.

Auf die Frage des Abg. Torgler (Comm.), ob die Regierung in einer längeren Vertagung des Reichstags eine Forderung durch das Parlament sehen würde, erwiderte Staatssekretär Fland, daß die Regierung auch bei einer Vertagung für längere Zeit eine unabweisbare Klärung der politischen Lage für unbedingt notwendig halte.

Die von den Nationalsozialisten beantragte unbestimmte Verschiebung des Reichstagszusammentritts wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Hell wurde mit Mehrheit angenommen.

Abg. Löbe (Soz.) fragte den Präsidenten Göring noch, ob er Maßnahmen getroffen habe, um künftig solche Ereignisse, wie den letzten Zusammenstoß zwischen Abgeordneten im Reichstagsgebäude, zu verhindern. — Präsident Göring erklärte sich bereit, dem Verlesererrat in seiner nächsten Sitzung einen Bericht über die bisherigen Feststellungen wegen der Zusammenstöße zu geben und auch über die Maßnahmen zu berichten, die er getroffen und in Aussicht genommen habe, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern.

### Keine weitere Reichstagsvertagung

Regierung wünscht baldmöglichste Klarheit — Eingreifen des Reichspräsidenten?

Berlin, 21. Januar.

Die Situation, die nach dem Verleserbeschlusse des Verleserates gegeben ist, wird in politischen Kreisen dahin beurteilt, daß die Reichsregierung keine Veranlassung hat, gegen den Beschluß vorzugehen. Wenn sie auch wünscht, daß sobald wie möglich Klarheit geschaffen wird, so muß sie doch darauf Rücksicht nehmen, daß der Reichstag ja verfassungsmäßig die Aufgabe hat, eine Mehrheit zu bilden. Den Versuch, diese Aufgabe zu lösen, wird der Reichstag also während der nächsten acht Tage machen.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Parteiführer unter sich noch einmal darüber verhandeln werden, ob eine arbeitsfähige Mehrheitsbildung unter Beteiligung der Nationalsozialisten herzustellen möglich ist. Die Aussichten werden allerdings von vornherein nicht sehr günstig beurteilt. Der Reichsanwalt selbst wird sich an diesen Verhandlungen nicht beteiligen.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, sieht man in dem Ergebnis der Sitzung des Verleserates deutlich die Scheu der Parteien vor der Auflösung.

Der Reichstag muß sich nun aber in acht Tagen auf alle Fälle entscheiden, ob er die Reichsregierung durch eine längere Vertagung tolerieren will, ob er sie unterstützt oder ablehnt.

### Reichstagsausschuß fordert bessere Krankenversorgung.

Bd. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beriet am Freitag zahlreiche Anträge, in denen die Beseitigung der durch Rotverordnungen herbeigeführten Beschränkungen der Leistungen der Krankenkassen verlangt wurde. Angenommen wurde schließlich gegen die Stimmen des Zentrums und des Christl. Sozialen Volksdienstes bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen der am weitesten gehende kommunistische Antrag, die Krankenkassen- und Rezeptgebühr wieder aufzuheben und den Kranken wieder die Leistungen zu gewähren, die am 1. Januar 1930 gewährt wurden, dazu allerdings auch die Verbesserungen, die in der Zwischenzeit vorgenommen worden sind. Die Reichsregierung wurde aufgefordert, dem Reichstag entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Regierung ferner aufgefordert, alle Vorschriften in Rotverordnungen aufzuheben, die die Gewährung von Mehrleistungen der Krankenkassen unterbinden.

Annahme fand ferner eine nationalsozialistische Entschließung, die die Familienangehörigen hinsichtlich der Krankenkassenleistungen den Mitgliedern selbst völlig gleichstellen will.

Die Deutschnationalen hatten beantragt, den Krankenkassen alle Eigenbetriebe zu unterlegen; das wurde allerdings abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde jedoch auf Antrag des Zentrums und des Volksdienstes der Reichsarbeitsminister ersucht, im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen Richtlinien für eine ein-

gehende einheitliche Prüfung der Geschäftsführung der Krankenkassen festzusetzen und für die regelmäßige Durchführung dieser Prüfung Sorge zu tragen; diese Prüfung hat sich auch auf die Wirtschaftlichkeit der von den Krankenkassen unterhaltenen eigenen Wirtschaftsbetriebe zu beziehen.

Zur Frage der Kontrolle der Geschäftsführung der Krankenkassen hatte Staatssekretär Griesler in der vorangehenden Debatte erklärt, nach den neuen Bestimmungen von 1930 bedürfe die Errichtung von Gebäuden der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes und dieses sei in dem Punkte sehr genau. Die in der Öffentlichkeit besprochenen Krankenkassenbauten seien noch vor Erlass dieser Bestimmungen genehmigt gewesen und gerade wegen dieser Bauten sei die Genehmigung dem Reichsversicherungsamt übertragen worden. Die Verwaltung der Krankenkassen sei übrigens ihrem Ausschuß verantwortlich, es seien genügend Sicherungen eingebaut. In dem Entwurf der Richtlinien für die Wirtschaftsführung der Krankenkassen sei auch bereits eine Bestimmung über die Kontrolle von Betrieben an Wirtschaftsbetrieben vorgesehen, wie sie die Deutschnationalen beantragt hatten.

Für die Aufhebung der Krankeneingebühr und des Arzneikostenanteils, die der Ausschuß nachher dennoch beschloß, hielt Staatssekretär Griesler die Zeit noch nicht für gekommen. Er erklärte, die Rassen könnten jetzt schon in Rot Beständen die Gebühr stunden oder erlassen.

Eine weitere kurzfristige Vertagung nach acht Tagen würde jedenfalls von der Reichsregierung nicht hingenommen werden. Eine Entscheidung könnte die Regierung wohl herbeizwingen. Artikel 24 der Verfassung gibt dem Reichspräsidenten das Recht, vom Reichstagspräsidenten die unverzügliche Einberufung zu verlangen.

Von diesem Recht wird der Reichspräsident gegebenenfalls Gebrauch machen, weil die Regierung unter allen Umständen längere Zeit für ruhige Arbeit gewinnen muß. Es kommt also gar nicht in Frage, daß vielleicht mit einer anderen Begründung eine neue Vertagung der Entscheidung gelangt.

### Reichstags-Ausschüsse tagen weiter.

Bd. Berlin. Infolge der Vertagung des Reichstags-Venues werden die Reichstagsausschüsse in der nächsten Woche ihre Arbeiten fortsetzen. Der Haushalts-Ausschuß tritt am Dienstag wieder zusammen, um die Diktierdebatte weiterzuführen. Auch der Sozialpolitische Ausschuß wird weitere Sitzungen abhalten. Außerdem ist für Montag der Ständige-Ausschuß zu einer Tagung einberufen. Am Mittwoch tagt der Volkswirtschaftliche Ausschuß, um im Anschluß an eine Rede des Reichswirtschaftsministers eine grobe wirtschaftspolitische Aussprache zu beginnen.

### Koalitions- und Fraktionsverhandlung.

Berlin. (Zuspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Bds. in parlamentarischen Kreisen erklärt, wird in der nächsten Woche der Reichstag neben seinen Ausschüssen vor allem eine Reihe bedeutsamer Verhandlungen „hinter den Kulissen“ durchführen, die sich mit der Frage der Erweiterung oder Umgestaltung der Reichsregierung zu beschäftigen haben. In nationalsozialistischen Kreisen wird erklärt, daß Adolf Hitler auch in der kommenden Woche noch in Berlin bleiben, daß aber vermutlich von den Nationalsozialisten eine Initiative in der Frage der Regierungsbesprechungen nicht ausgehen werde. Man nimmt deshalb in parlamentarischen Kreisen an, daß das Zentrum mit den in Frage kommenden Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei Verhandlungen nehmen wird. Es scheint, als ob diese Besprechungen bereits zu Anfang der Woche in Gang kommen werden, denn die Zentrumsfraktion des Reichstages ist bereits für kommenden Donnerstag nachmittags einberufen worden. Die Zentrumsfraktion rechnet damit, daß in dieser Fraktionsitzung sich langwierige und grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Regierungsgestaltung im Reiche ergeben werden, denn die Fraktion hat schon jetzt verfügt, daß ihre Beratungen nicht am Donnerstag beendet, sondern am Freitag fortgesetzt werden sollen. Im übrigen ist bereits gemeldet worden, daß die Reihe der Fraktionsitzungen schon am Montag, dem 23. Januar, er-

öffnet wird durch den Zusammentritt der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Bereits am Dienstag, dem 24. wird auch die Bayerische Volkspartei eine Fraktionsitzung veranstalten.

### Briefwechsel zwischen Reichspräsidenten und Reichslandbund.

Bd. Berlin. Der Reichslandbund hat die Erwiderung auf den Abbruch der Beziehungen durch die Reichsregierung auch dem Reichspräsidenten übermitteln. In dem Begleitbrief, das vom 12. Januar datiert ist, weist das Präsidium des Landbundes darauf hin, daß der Bundesvorstand bei seinem Vorgehen lediglich von seinem Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl geleitet worden sei. Wenn auf die zuvor gefasste Entschließung bei der Besprechung nicht ausdrücklich hingewiesen worden sei, so sei ohne jede Nebenabsicht geschehen. Die Zuversicht, so heißt es am Schluß, in das von Ihnen, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, gezeigte tiefe Verständnis mit der unerträglich gewordenen menschlichen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Bauernstandes gibt uns die Hoffnung, daß trotz der durch die Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber dem Reichslandbund geschaffenen außerordentlichen Spannungslage der deutsche Bauer vor ansehnlichen Verweilungsmaßnahmen bewahrt wird. — Hierauf ist dem Präsidium des Reichslandbundes am 17. Januar vom Staatssekretär Meißner ein Bekundungsschreiben zugegangen, in dem mitgeteilt wird, daß der Reichspräsident von der Erklärung Kenntnis genommen und die Angelegenheit dem Reichsanwalt zur Erledigung weitergeleitet habe. Der Reichspräsident wiederhole bei diesem Anlaß seine Erklärung, daß er nach wie vor den festen Willen habe, der schweren Notlage der Landwirtschaft ebenso wie der anderer notleidender Berufsstände im Rahmen des Möglichen abzuhelfen. Er hoffe, daß die neue Verordnung über den Volkserwerbsnachweis zur Beruhigung der Landwirtschaft beitragen werde.

### Dr. Gerete über Arbeitsbeschaffung.

Sittgart. (Zuspruch.) Auf der Vollversammlung des Württembergischen Gemeindetages sprach der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Präsident des deutschen Landgemeindetages Dr. Gerete über die öffentliche Arbeitsbeschaffung und das Sofortprogramm. Der Reichskommissar warnte davor, die Fragen der Arbeitsbeschaffung und besonders die öffentliche Arbeitsbeschaffung isoliert zu betrachten. Ein einziges wirksames Mittel zur Behebung all unserer Noth und Sorgen in Deutschland gebe es nicht. Ohne Wiederherstellung der Kaufkraft der Massen sei eine Beseitigung des Abwärtens der Industrie und Landwirtschaft nicht zu erwarten. Ohne rentable Landwirtschaft sei aber auf die Dauer das jetzt so im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende wichtige Problem der Siedlung nicht zu lösen.